



Aktenzeichen: Pet 3-20-04-224-029896

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 05.03.2026 abschließend beraten und beschlossen:

Die Petition abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird eine unabhängige Prüfung aller Spender der Fassaden des Berliner Schlosses bzgl. rechtsradikaler und antisemitischer Äußerungen gefordert.

Zudem wird die Übertragung der Spenden rechtsradikaler, antisemitischer und anonymer Spender an eine antirassistische Initiative, die temporäre Sichtbarmachung der mit diesen Spenden finanzierten Bauteile, die Ausschreibung eines künstlerischen Realisierungswettbewerbs zur Brechung der preußenverklärenden Erscheinung des Gebäudes sowie die Beendigung der Zusammenarbeit mit dem Förderverein Berliner Schloss gefordert.

Zur Begründung wird im Wesentlichen angeführt, dass das Humboldt Forum/Berliner Schloss ein zentraler Symbolbau für das wiedervereinte Deutschland sei. Es formuliere ein Selbstbild, das sich ungebrochen auf Preußen und das Deutsche Kaiserreich bis 1918 beziehe. Erhebliche Teile der deutschen Gesellschaft könnten sich damit nicht identifizieren. Im Jahr 2002 habe der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen, für den Bau des Humboldt Forums die Barockfassaden des Berliner Schlosses zu rekonstruieren. In den Folgejahren sei die – ohnehin öffentlich stark umstrittene – Symbolbedeutung dieses Rückgriffs auf das preußische Erbe durch die Rekonstruktion zusätzlicher Elemente aus der Zeit der Reaktion, der Einigungskriege und des Deutschen Kaiserreichs – also der Jahre 1848 – 1918 – verschärft worden. Insbesondere die Kuppel mit Kreuz und Spruchband habe nationalprotestantische, imperialistische, antiuniversalistische und obrigkeitsstaatliche Botschaften in das Projekt eingeschrieben. Diese Veränderungen seien im Wesentlichen auf den Einfluss



der – zum Teil anonymen – Spender und des Fördervereins Berliner Schloss zurückgegangen. Inzwischen sei bekannt geworden, dass sich unter den Spendern, Vereinsmitgliedern, aber auch Vereinsfunktionären Personen befunden hätten, die antisemitische und rechtsradikale Positionen vertreten hätten und teilweise auch mit rechtsextremen Milieus verbunden gewesen seien. Die Motivation für das Durchsetzen bestimmter baulicher Symbole sei von ihren politischen Einschätzungen wohl nicht zu trennen. Der Förderverein habe sich von seinen rechtslastigen Spendern, Mitgliedern und Funktionsträgern nicht distanziert, sondern sich bisher ohne Einschränkung zu all seinen Spendern bekannt. Die Stiftung Humboldt Forum habe die Probleme als Hausherrin nicht ernst genommen oder aufgearbeitet. Der Einfluss rechtslastiger Kräfte auf das Humboldt Forum müsse beendet, die vergangenen Fehlentwicklungen aufgearbeitet und der Symbolgehalt der Architektur durch neue, künstlerisch einzubringende Narrative aufgebrochen, modifiziert und erweitert werden. Die – auf drei Seiten – ungebrochene Rekonstruktion des Berliner Schlosses im Zustand von 1918 radiere die deutsche Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts aus und biete den Rückbezug auf eine vermeintlich unproblematische Idylle der preußischen Monarchie und des Deutschen Kaiserreichs. Ein Einschreiben anderer Spuren der Geschichte des Ortes aus der Zeit nach Ende des Kaiserreichs (Revolution 1918, Weimarer Republik, II. Weltkrieg, Nachkriegszeit, DDR, Nachwendezeit) könne hier bislang verdrängte Perspektiven auf die deutsche Geschichte sichtbar machen und die ideologische Verengung und Instrumentalisierung des Ortes öffnen.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten wird auf die Ausführungen in der Petition und die eingereichten Unterlagen verwiesen.

Die Petition wurde auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht und zur Diskussion bereitgestellt. Der Petition schlossen sich 3930 Mitzeichnende an und es gingen 75 Diskussionsbeiträge ein.

Aufgrund des Wahlperiodenwechsels konnte die Eingabe erst in der 21. Wahlperiode des Deutschen Bundestages abschließend behandelt werden.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung – dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien – Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen.



Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss möchte voranstellen, dass der Beschluss zur Teilrekonstruktion des Berliner Schlosses in einem demokratischen Prozess gefällt wurde. Der Deutsche Bundestag entschied sich mit deutlicher Mehrheit am 4. Juli 2002 für den Bau des Humboldt Forums in der rekonstruierten Außenfassade des ehemaligen Berliner Schlosses. Er hat seitdem seine Entscheidung mehrfach bekräftigt, unter anderem mit seinem Beschluss vom 13. Dezember 2007, mit dem er die Finanzierung der Rekonstruktion der historischen Fassaden durch private Initiativen nochmals bestätigt hat. Alle Entscheidungen zur Architektur – auch zur Rekonstruktion der Fassaden und der historischen Kuppel – basierten mithin auf den Beschlüssen des Deutschen Bundestags. In dem dadurch vorgegebenen Rahmen hat der Architekt Franco Stella, der in dem Architekturwettbewerb 2008 den Zuschlag erhielt, seine Entwürfe ausgearbeitet, und der Stiftungsrat der Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss (im Folgenden: „SHF“) diesen Plänen zugestimmt. Im Stiftungsrat sind unter anderem fünf Mitglieder des Deutschen Bundestags, drei Mitglieder der Bundesregierung sowie zwei Mitglieder des Landes Berlin vertreten.

Die Realisierung der Rekonstruktion der Fassaden und die sogenannten „baulichen Optionen“, wie der Deutsche Bundestag sie nannte, wurden durch private Spenden ermöglicht. Die Finanzierung durch private Spenden war Wille des Bundestags (vgl. Bundestags-Drucksache 16/7488, Plenarprotokoll 16/133 vom 13. Dezember 2007), da es eine Haushaltsobergrenze für den Bau gab. Die SHF erhielt die hierzu nötigen Spendenmittel zum größten Teil vom Förderverein Berliner Schloss e.V. (im Folgenden: „Förderverein“). Zehntausende Menschen spendeten damals für die Rekonstruktion der Fassade und anderer Bau-Elemente. Darunter sind, wie sich in den vergangenen Jahren herausgestellt hat – und mit der Petition zu Recht thematisiert wird –, auch Personen mit rechtsextremen Ansichten vertreten. Von diesen Personen und ihren Positionen hat sich die SHF nach Mitteilung der Bundesregierung eindeutig und unmissverständlich distanziert.

Der mit der Petition formulierte Vorwurf, die SHF habe sich nicht ausreichend um Aufklärung bzgl. der Spendengelder für die Rekonstruktion der historischen Fassade des



Humboldt Forums (HUF) bemüht, ist aus Sicht der Bundesregierung unzutreffend. Die SHF hat sich, auch auf Aufforderung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in der 20. Legislaturperiode, um die Aufklärung bemüht, so hat sie das Institut für Zeitgeschichte mit einem Gutachten zu „Ehrhardt Bödecker und seiner Position in historisch-politischen und historiographischen Themen“ beauftragt und den Förderverein schriftlich aufgefordert, Verdachtsmomenten wegen möglicher Verstöße gegen ethische und moralische Standards durch die Annahme von Geldern, die dagegen verstoßen, ernsthaft nachzugehen. Zudem hat sich die SHF mehrfach öffentlich von sämtlichen Vorwürfen, rechtsextreme Spender hätten Einfluss auf das HUF genommen, distanziert, so auch mit Stellungnahme vom 13. Mai 2024.

Eine Einflussnahme der Spender auf die innere Gestaltung und das Programm des HUF – wie teils in der Petition behauptet – kann nicht erkannt werden. Die Bundesregierung hat mitgeteilt, dass die äußere Gestaltung nicht durch Spender beeinflusst wurde. Die äußere Gestaltung geht vielmehr auf die oben genannten Beschlüsse des Deutschen Bundestages in den Jahren 2002 und 2007 und auf Beschlüsse des Stiftungsrates zurück. Die SHF hat auf Grundlage des Gutachtens des Instituts für Zeitgeschichte die Annahme der Bauspenden von Ehrhardt Bödecker, die über den Förderverein an die Stiftung erfolgten, geprüft und in der Stiftungsratssitzung vom 16. November 2022 das Ergebnis vorgestellt, dass nicht gegen die seinerzeit geltende Spendenrichtlinie verstoßen worden sei. Der Stiftungsrat ist daraufhin zu dem Ergebnis gekommen, dass die Spendenrichtlinie von 2012, insbesondere mit Blick auf mögliche Gründe für den Annahmearschluss von Zuwendungen, zu unbestimmt war. Auf Betreiben der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in der 20. Legislaturperiode hat die Stiftung die Spendenrichtlinie neu gefasst und an entscheidenden Stellen deutlich konkretisiert, sodass bspw. künftig die Annahme von Spenden unklarer oder zweifelhafter Herkunft verweigert werden kann. Zudem dürfen – angelehnt an die Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes – keine Zuwendungen angenommen werden, die von Spenderinnen bzw. Spendern stammen, deren öffentlichen Äußerungen oder Verhaltensweisen eine Benachteiligung aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität anderer



Menschen erkennen lassen. Hiermit soll unter anderem jeglicher Form von Antisemitismus und Rassismus begegnet werden. Mit der neuen Spendenrichtlinie und der Veröffentlichung des Gutachtens wurden aus Sicht der Stiftung Transparenz für die Vergangenheit sowie klare Vorgaben für die Zukunft geschaffen. Der Petitionsausschuss begrüßt die neue Spendenrichtlinie und die Veröffentlichung des Gutachtens.

Zu beachten ist darüber hinaus, dass die Spenden des Fördervereins zweckgebunden an die SHF erfolgten und auch deshalb nicht an einen anderen Empfänger übertragen werden können, wie dies mit der Petition gefordert wird.

Entscheidend für die weitere Aufarbeitung ist daher aus übereinstimmender Auffassung der Bundesregierung und des Ausschusses vielmehr, dass sich die SHF weiterhin mit der Vergangenheit des Ortes auseinandersetzt und Projekte zur Aufklärung und Kontextualisierung entwickelt. Die Zuordnung von Spenden zu einem Fassadenteil, wie sie der Förderverein etwa auf seiner Internetseite kommuniziert, ist in der Regel lediglich symbolischer Natur. Der Ausschuss möchte zudem hervorheben, dass viele verschiedene Personen für die Fassade gespendet haben und dass deren Gelder zusammengelegt worden sind, um die einzelnen Bauteile zu finanzieren. Diese Teile sind in all diesen Fällen nicht einer konkreten Person oder Organisation zuzuordnen. Auch insofern vermag der Ausschuss die mit der Petition erhobene Forderung nach einer Sichtbarmachung der entsprechenden spezifischen Bauteile nicht zu unterstützen. Die SHF setzt sich nach Angaben der Bundesregierung aktiv mit der Vergangenheit des Ortes auseinander. So wurde etwa im Sommer 2023 eine Hinweistafel zur Kuppelinschrift angebracht. Zudem bemüht sich die SHF um eine weitere Kontextualisierung der Kuppelinschrift. Hierzu fand ein Workshop mit externen Expertinnen und Experten aus verschiedenen Sparten (unter anderem Kunst, Architektur, Philosophie) statt, die insgesamt empfohlen haben, bei der Kontextualisierung den gesamten Ort in den Blick zu nehmen.

Darüber hinaus setzt sich die Stiftung mit der Geschichte des Ortes auch im Rahmen ihrer Dauerausstellung in sog. Spurenstationen auseinander. Diese lassen sich verteilt im Humboldt Forum finden. Und auch die Sonderausstellung zum Palast der Republik (2024/2025) beschäftigte sich eingehend mit der Geschichte des Ortes. Hierbei wurde



unter anderem auch die öffentlich diskutierte Frage, warum der Palast der Republik abgerissen und an seiner Stelle das HUF errichtet wurde, näher beleuchtet.

Seit Eröffnung des HUF setzen sich zudem im ganzen Haus mehrere künstlerische Beiträge als Ergebnis der Kunst-am-Bau-Wettbewerbe mit der Geschichte des Ortes, der äußeren Erscheinung des HUF sowie den Sammlungspräsentationen des Ethnologischen Museums und Museums für Asiatische Kunst auseinander. Nicht zuletzt befasst sich die Programmarbeit gerade auch im Außenbereich immer wieder kritisch auch mit dem Gebäude, setzt bewusst künstlerische Kontrapunkte zur barocken Architektur und kontextualisiert diese. Das geschieht kontinuierlich etwa mit Videoprojektionen, Film- und Musikfestivals, Performances und vielem mehr.

Weitere aktuelle Maßnahmen sollen das HUF noch stärker als Kulturinstitution sichtbar machen, indem auf die Ausstellungen und kulturellen Programme innerhalb des HUF verwiesen wird. Dazu zählen Banner an der Süd- und Nordfassade in den Hausfarben rot, rosa, blau und weiß. Auch dadurch soll die historische Schlossarchitektur bewusst ästhetisch „aufgebrochen“ werden.

An weiteren neuen Formaten und Plattformen für eine freie künstlerische Auseinandersetzung mit der Architektur arbeitet die SHF bereits. Hier soll der globalen Gemeinschaft internationaler Partner des HUF eine besondere Rolle zukommen. Der Petitionsausschuss begrüßt die dargestellten Ansätze künstlerischer Auseinandersetzung und Kontextualisierung der Erscheinung des Gebäudes.

Schließlich hebt der Ausschuss hervor, dass – anders als mit der Petition suggeriert – keine inhaltliche Zusammenarbeit zwischen der SHF und dem Förderverein besteht. Die SHF hat vom Förderverein lediglich Spenden für die Baumaßnahme erhalten, um den Bundestagsbeschlüssen zu entsprechen. Nach Abschluss der vom Stiftungsrat beschlossenen letzten Rekonstruktionsarbeiten, der Anbringung von 18 Balustradenfiguren, wird diese über die Spendenannahme bestehende Verbindung auslaufen.

Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen sieht der Ausschuss im Hinblick auf die mit der Petition vorgebrachten Forderungen keinen parlamentarischen Handlungsbedarf. Er empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.



Das abweichende Votum der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1. die Petition der Bundesregierung – dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien – als Material zu überweisen, soweit es darum geht, die politisch und religiös interpretierbaren Elemente der Rekonstruktion des Berliner Schlosses durch geeignete Formate und Maßnahmen zu kontextualisieren und eine Zusammenarbeit mit dem Förderverein Berliner Schloss e.V. zu prüfen, 2. das Petitionsverfahren im Übrigen abzuschließen, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Das abweichende Votum der Fraktion Die Linke, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde mehrheitlich abgelehnt.